

Öffentlich

Bereich	Einsparung/erhöhte Einnahme	Prüfungsauftrag
Kunst/Kultur/Sport		
Landestheater Theater/Musik allgemein	<ul style="list-style-type: none"> - Angebote zusammenstreichen - Preise erhöhen - Räume anderweitig vermieten für Events - Zuschuss einstellen - Schließung des Theaters und Sinfonieorchesters (2,2 Mio.€) - Kostendeckungsprinzip einführen - Subventionierung einstellen für Klientel, das sich höhere Eintrittspreise leisten kann - Privatisieren - Durch Entlassung von 89 MA müssten 7-8 Jahre keine Zuschüsse gezahlt werden. Mitglieder von Bachchor könnten in Opern mitwirken - Nur noch erfolgreiche Stücke spielen für größeren Profit - Zuschüsse festschreiben - Nicht mehr Geld ausgeben als zur Verfügung steht - Streichung von Subventionen 	Überprüfung läuft im Rahmen der künftigen Zuschusszahlung
Vereine	Mieten und Pachten einführen	Wird überprüft im Rahmen kosten-deckender Mieten
Freie Kultureinrichtungen	Unterstützung mindern/einstellen für z.B. Kühlhaus, Volksbad	Ggf. politische Entscheidung notwendig
Veranstaltungen	Mehr grenzüberschreitende Kulturveranstaltungen/Festivals	Keine Einsparung
Museen	<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung der Öffnungszeiten bei Museen und Kultureinrichtungen auf Wochenende - Schließung Museumsberg und Naturwiss. Museum (2 Mio.€) <u>Aber:</u> Lebensqualität wird geschwächt und ggf. Abwanderung von Familien - Verzicht auf Sanierung, da städt. Eigenanteil den Schuldenberg wachsen lässt - Erweiterung Schiffahrtsmuseum stoppen 	<p>Überprüfung des Leistungsangebotes der Museen wird vorgenommen</p> <p>} Investitionen sind bereits in der Umsetzungsphase</p>
Kultur allgemein	<ul style="list-style-type: none"> - Einsparungen; interessierte Bürger können dafür einen mtl. Beitrag zahlen - Verzicht auf Verlegung des Idstedt-Löwen nach Flensburg (70.000 €) 	<p>Nicht umsetzbar</p> <p>Verlegung ist beschlossen</p>
Campusbad	<ul style="list-style-type: none"> - Zuschüsse einstellen (1,1 Mio.€) - Zuschüsse festschreiben 	Zuschüsse sind durch langjährigen Vertrag festgeschrieben
Bibliothek	<ul style="list-style-type: none"> - Porto für Reservierungsbenachrichtigungen erstatten lassen - Telefonat statt Porto bei Reservierungsbenachrichtigungen (spart Arbeitszeit und Porto-/Materialkosten) - Bücherspenden von Bürgern 	<p>} wird geprüft</p> <p>Ggf. politische Entscheidung notwendig</p>
Steuern/Abgaben		
Hundesteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Deutlich erhöhen wegen Hundekotproblematik - Bessere Erfassung, wer tatsächlich im Besitz eines Hundes ist - verdreifachen 	Wird geprüft im Zusammenhang mit Steuergerechtigkeit

Grundsteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung - Erhöhung für max. 5 Jahre als Solidaritätsabgabe zur Schuldentilgung - Erhöhung für Menschen aus besseren Vierteln (Solitude, Moltkestr. u.a.) - Erhöhung um 50%, um damit die Schulden abzutragen; nach Tilgung die Hebesätze unter dem aktuellen Niveau festsetzen; der Schuldenstand wird online gestellt und eine rückwärts laufende Schuldenuhr installiert - Keine Erhöhung, da dies auch Mieter zahlen müssten und für Hartz-IV-Empfänger damit wieder die Kommune 	Bereits in der Prüfung
Gewerbsteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhen - Von einer Erhöhung absehen da Konkurrenz zu Umlandgemeinden zu groß - Von Firmen, die mehr als 500.000 € Gewinn im Jahr machen, eine Sonderzahlung von 10 % erheben, wenn für die Arbeitnehmer keine Gewinnbeteiligung stattfindet. 	Wird geprüft Rechtlich unzulässig
Geländewagensteuer	Einführung	Keine Zuständigkeit
Bankensteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Sonder-Grundsteuer einführen - Erhöhte Gewerbesteuer einführen 	Keine Zuständigkeit
Doppelnamen-Steuer	Einführung	Keine Zuständigkeit
Fallschirmspringersteuer	Einführung	Nicht nachprüfbar
Flugzeugsteuer	Einführung	Verw.Aufwand steht nicht im angemessenen Verhältnis zu einem möglichen Steueraufkommen
Zweitwohnungssteuer	Einführung	Wird vorbereitet
Spielgeräte-/Glücksspielsteuer	Erhöhung	Wurde 2010 angehoben
Kurtaxe	Einführung	Flensburg ist kein anerkannter Kurort
Taxe f. Großhandelsunternehmen	Einführung einer Standorttaxe für „Ketten“ wie Saturn, Media Markt, Real	Keine Zuständigkeit
Abgassteuer	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung für Motoren auf Motor- u. Segelschiffen - Steuer für Innenstadtverkehr nach Hubraum und Schadstoffausstoß (Maut) 	rechtlich nicht möglich
Kommunale Abgabe auf Strom	Einführung	Nicht durchführbar
Bettensteuer für Hotelgewerbe	Einführung für entgangenen kommunalen Anteil an der gesenkten Umsatzsteuer im Hotelgewerbe (siehe Stadt Köln)	Gemeinsame Prüfung mit FFT erfolgt
Pferde-/Reitersteuer	Einführung	Wurde bereits ohne Erfolg geprüft
Katzensteuer	Einführung	Nicht nachprüfbar
Mehrwertsteuer	Einführung auf Kontoführungsgebühren	Keine Zuständigkeit
Waffensteuer	Einführung	Verw.Aufwand steht nicht im angemessenen Verhältnis zu einem möglichen Steueraufkommen

Hundekottüten	Hundehalter haben diese kostenpflichtig zu erwerben; damit fallen geringere Kosten an, die über die Straßenreinigungsgebühr von allen zu zahlen ist, da geringerer Reinigungsaufwand	Werden kostenlos zur Verfügung gestellt im Sinne des Stadtbildes
Bildungs-/Kulturabgabe	Auf Parkscheine und Eintrittskarten jedweder Art	Siehe → Bettensteuer
Gebühren		
Parkgebühren	<ul style="list-style-type: none"> - (drastisch) erhöhen und ÖPNV verdichten - Kurzzeitparken verbilligen und Parken ab 1 Std. deutlich verteuern - Kostenlose Parkplätze in der Bahnhofstr. in gebührenpflichtige Plätze umwandeln (30.000 €) - Anwohnerparken und gebührenpflichtiges Parken in der Eckenerstr. - Anwohnerparken auf Jürgensby, da zu viele Innenstadtbesucher hier kostenfrei parken - Parkraumentlastungsgebühr für alle angemeldeten nicht gewerblichen Zweitfahrzeuge eines Halters, wenn kein privater Stellplatz vorhanden - Einführung für Parkplatz Exe und Toilettenhaus damit finanzieren 	<ul style="list-style-type: none"> Ggf. politische Entscheidung notwendig Anwohnerparken wird geprüft Rechtlich unzulässig, da KFZ-Steuer bereits gezahlt wird Ggf. politische Entscheidung notwendig
Straßenreinigung/-instandhaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Gebühren erhöhen für bessere Unterhaltung; Zweckbindung muss gewährleistet sein - Einsparung von Personal und Maschinen, wenn in Randgebieten die Reinigung durch Anlieger erfolgt - Reinigung der Gehwege durch Anlieger und Bußgeld bei Unterlassen 	<ul style="list-style-type: none"> Gebührenrecht; es handelt sich hier um Kostenrechner, so dass max. kostendeckende Gebühren zulässig sind
Abfallgebühren	Anhebung	
Frischwassergebühr	Anhebung	
Märkte	Höhere Stellplatzgebühren für den Jahrmarkt	
Kitagebühren	<ul style="list-style-type: none"> - Besserverdienende können mit einer höheren Gebühr herangezogen werden (einkommensabhängig) - Anheben, dabei soziale Staffeln beachten - Grundsätzlich erhöhen 	Wurde kürzlich in der Ratsversammlung neu strukturiert
Fahrradparkgebühr	Bewachte Fahrradstellplätze gegen Gebühr zur Abwendung von Vandalismus	Ggf. politische Entscheidung notwendig
Spielplätze	<ul style="list-style-type: none"> - Eintritt für Spielplätze, um Vandalismus u. Verschmutzung zu refinanzieren <u>aber</u>: Lebensqualität wird geschwächt und ggf. Abwanderung von Familien - Finanzierung durch Sponsoring 	<ul style="list-style-type: none"> Ggf. politische Entscheidung notwendig Wird laufend geprüft
Bürgerbüro	Sämtliche Gebühren moderat anheben	Gebühren sind größtenteils landesweit festgelegt
Gebühren, Entgelte allg.	Höhere Beiträge durch Besserverdienende in allen Bereichen	Nicht zulässig
Schulgeld	Für Eltern von Gymnasiasten, die die Gemeinschaftsschulen ablehnen.	Nicht zulässig

Reinigungszuschlag bei Tierhaltungssteuer	Verpflichtung der Tierhalter zur Entfernung des Tierkots der eigenen Tiere; ggf. Tiere mit „Nummernschild“ versehen, um Tierhalter aufzufordern, ihrer Verpflichtung nachzukommen und ggf. Reinigungszuschlag erheben	Siehe → Hundekottüten
Schusswaffen	Meldegebühren erheblich anheben	Landesrechtlich vorgegebene Gebühren
Eheschließung	Gebühren im Standesamt um 10% anheben	Landesrechtlich vorgegebene Gebühren
Citi-Maut	- Einführung für alle Privat-PKW ab 500 kg - Einführung in Zeit der Rush-hour - weniger Durchfahrtsverkehr - 50 € Jahresgebühr - Touristen davon nicht betroffen - dafür keine Umweltzone	Rechtlich problematisch; ggf. politische Entscheidung notwendig
Hundean-/ummeldungen	Pauschale An-/Ummeldegebühr von 100 € erheben	Widerspricht der Steuergerechtigkeit
Bußgelder		
Ruhender/fließender Verkehr	- Kontrollen verstärken und Ordnungswidrigkeiten mehr verfolgen insbes. beim ruhenden Verkehr an 7 Tagen in der Woche - Stärkere Kontrolle des fließenden Verkehrs insbesondere nach 19 Uhr (z.B. Husumer Str.) - Anwohner helfen der Stadt, indem sie selbst Verwarnungen aussprechen - Kontrolle von getunten und lauten Mofas und ggf. Bußgeld verhängen	} wird geprüft Unzulässig Zuständigkeit liegt bei der Polizei
Falschparker	Anhebung des Bußgeldes; ggf. verdreifachen, um das erforderliche Personal zu finanzieren	Wird geprüft
Halteverbotsschilder	sinnvoll ausweiten, für mehr Bußgeldeinnahmen	Schilder dienen vorrangig der Sicherheit und nicht der Einnahmeerzielung
Verschmutzungssünder	Einführung eines Bußgeldes (Zigaretten, Kaugummi, Papier); Überwachung durch vorhandenes Personal	Wird geprüft
Hundehalter	Einführung eines Bußgeldes für Nichtentfernung des Hundekots (Nebeneffekt: Geringere Kosten bei Grünpflege und gepflegtes Stadtbild kommt Tourismus zugute)	Wird geprüft
Schneeräumungspflicht	Bei Nichträumung der Gehwege mind. 50 € Bußgeld ohne vorherige Ermahnung erheben	Ist bereits möglich
Wilde Plakatierung	Bußgelder gegen wilde Plakatierung z.B. Süderhofenden u. ZOB-Brücken	Ggf. politische Entscheidung notwendig
Telefonieren mit Handy während des Fahrens	Erhebliche Anhebung des Bußgeldes auf 500 €	Keine Zuständigkeit
Allgemein	Entschiedener gegen Regelverstöße vorgehen, Kontrolle verstärken z.B. Fahrradfahren in der Fußgängerzone, Alkoholkonsum von Jugendlichen, Anleingebot für Hunde, Helmpflicht für Fahrradfahrer	Zusätzliche Kontrolle verursacht mehr Personalausgaben

Stadtverwaltung/Politik		
Verwaltungsleitung	<ul style="list-style-type: none"> - Mind. eine Bürgermeisterstelle streichen - Oberbürgermeister abschaffen - auf den Oberbürgermeister beschränken - Besoldung der Bürgermeister absenken - Kein teuren und immer neuen Dienstwagen für OB; stattdessen für repräsentative Termine einen Wagen ausleihen in Autohäusern - Dienstfahrten mit ÖPNV - Repräsentative Aufgaben des Stadtpräsidenten vom OB wahrnehmen lassen 	<p>Keine Umsetzung gemäß politischer Entscheidung v. 8.7.2010</p> <p>Gesetzlich vorgeschrieben</p> <p>Vorgegeben durch Kommunalbesoldungsverordnung</p> <p>Durch Behördenrabatte ist Neukauf wirtschaftlich</p> <p>Unwirtschaftlich wegen Zeitverlust</p> <p>Gesetzliche Regelung</p>
Politik	<ul style="list-style-type: none"> - Ratsversammlung verkleinern - Maximal 3 Abgeordnete pro Partei - Fraktionsbüros abschaffen - Sitzungsgeld abschaffen - Überprüfung der Abgeordnetendiäten/Aufwandsentschädigung - Kürzung der Aufwandsentschädigungen für gewählte Mandatsträger u. bürgerl. Mitglieder - Ratsmitglieder in Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen führen 20 % ihrer Aufwandsentschädigung an die Stadt ab - Keine Verpflegung bei Sitzungen - Defizitabgabe für Politiker einführen, die sich am Defizit des Abschlusses orientiert; bei positivem Abschluss eine Bonuszahlung - Neustrukturierung der politischen Ausschüsse (Themen- u. Sachorientierung) 	<p>Gesetzlich vorgeschrieben (GKWG)</p> <p>Ggf. politische Entscheidung notwendig</p> <p>Neuregelung liegt vor mit Ratsbeschluss vom 08.07.2010</p> <p>Kosten tragen bereits die Teilnehmer</p> <p>Rechtlich unzulässig</p> <p>Neuer Ratsbeschluss vom 08.07.2010 liegt vor</p>
Personal	<ul style="list-style-type: none"> - Personaleinsparung - Einstellungsstopp - Einstellung nur nach Einzelentscheidung u. Überprüfung der Sinnhaftigkeit - Wiederbesetzungssperre für 1 Jahr mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsamtes - Überprüfung der Stellenanzahl an wachzunehmenden Aufgaben mit Hilfe einer Unternehmensberatung - Stellenplan anpassen; alle Stellen ab A10 um eine Stufe zurückstufen bei Neubesetzung 	<p>Wird laufend von der Personal- und Organisationsabteilung geprüft</p>

	<ul style="list-style-type: none"> - Haustarifverträge für Beschäftigte der Stadt Flensburg mit Verzicht auf Gehaltsanpassung und 13. Monatsgehalt - Zusammenlegung von Büros; dadurch Einsparung an Personal, Zeit, Mühe - Zentralisierung von Sachbearbeitung f. Personal und Organisation statt in jedem Fachbereich - Hausmeisterstellen einsparen in städt. Immobilien - Einsparung bei den Kommunalen Immobilien (zu viel Personal im Vergleich zu Privaten) - Einsparung von Personalkosten im Bereich Verkehrsplanung - Keine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte, sondern ehrenamtliche/n Ombudsfrau /-mann bzw. ganz einsparen - Beauftragten für das Schulwesen abschaffen, dafür Stärkung der Kompetenzen der Schulleitungen - Besoldung des Museumsdirektors einsparen (studierten 1-Euro-Jobber einsetzen) - Auskunft im Rathaus durch einen Roboter - Denkmalschutz als Ehrenamt wahrnehmen - Fahrradbeauftragten mit den dazugehörigen Projektmitteln streichen - Einführung einer übertariflichen Zulage für max. 5 Jahre bei Führungsstellen, die aufgrund geringerer Mitarbeiter in eine geringere Bewertung fällt, um zu verhindern, dass die Führungskräfte die neue Situation nicht preisgeben - Jeder Fachbereich benötigt einen eigenen Wirtschaftsinformatiker als Stabsstelle, um regelmäßige Organisationsuntersuchungen zu initiieren und durchzuführen, aufgrund des stetigen Aufgabenwandels und techn. Fortschritts; Kosten werden auf Abteilungen verteilt - Minimierung der Verwaltungshierarchie und Übertragung der Entscheidungskompetenz nach unten 	<p>Wird laufend von der Personal- und Organisationsabteilung geprüft</p>
Lieferanten/Versicherungen/Postzustellung	<ul style="list-style-type: none"> - Energielieferanten überprüfen - Günstigeren Getränkeliieferanten auswählen - Zentralisieren von Versicherungen zusammen mit städt. Gesellschaften für günstigere Beiträge - Private Zustelldienste für Postausgang nutzen 	<p>Vertragliche Verpflichtung gegenüber den Stadtwerken</p> <p>Wird bereits berücksichtigt</p> <p>Wird geprüft</p> <p>Wird über Ausschreibung geprüft</p>
Beschaffungen	<ul style="list-style-type: none"> - Umstellung auf elektronische Beschaffung z.B. bei Büromaterial; bis zu 30% Einsparung wegen Zeitersparnis und bis 6% wegen günstigerer Preise - Zentralisierung des Einkaufs zusammen mit städt. Gesellschaften und Kreis SL-FL 	<p>Wurde bereits geprüft. Ergebnis: negativ</p>
Fuhrpark	<p>Wartungskosten sparen z.B. durch Feinstfiltersysteme, die den Motorölverbrauch und die Reparaturanfälligkeit senken.</p>	<p>Wird geprüft</p>
Bürgerbüro	<ul style="list-style-type: none"> - Expressschalter einführen: Gegen Extragebühr kürzere Wartezeiten (6.000 -10.000 €) - Rückseite des Anschreibens für abgelaufene Personalausweise als Werbefläche (z.B. Fotoservice) nutzen und dadurch Kostendeckung für diese Aufgabe erzielen oder Mitteilung per email/SMS - Benachrichtigung über Vorliegen des Personalausweises per Telefonat statt schriftlich (spart Arbeitszeit und Porto-/Materialkosten) 	<p>Wird geprüft</p>

Schule	<ul style="list-style-type: none"> - Aus kulturpolitischen, ökonomischen und demographischen Gründen Goethe-Schule schließen, Gebäude verkaufen oder verpachten - Erneuerungszyklus bei PC-Raumausstattung um mind. 2 Jahre verlängern und Prüfung, ob der eingesetzte Betrag den Erfordernissen entspricht - Ansätze für Lehr- u. Lernmittel überprüfen (Sind die Schulen ausreichend ausgestattet nach den div. Schulreformen?; Bücher als Lernmittel noch erforderlich angesichts veränderter Unterrichtsmethoden?) 	<p>Aufgrund vorliegender Schülerzahlen nicht möglich</p> <p>Wird geprüft</p> <p>Wird lfd. geprüft</p>
Privatisierung	Aufgabenprivatisierung mit Übernahme des Personals z.B. in Museen bei Management, Leitung, Shop, Cafe, Kasse, Aufsicht, Reinigung vergeben bei Zahlung eines Festbetrags	Siehe → Museen
Onlineangebote	Ausbauen	Wird lfd. geprüft
Öffnungszeiten	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung im Winter an Tageslicht; dadurch Energie- u. Personalkosteneinsparung - Verringern bei öffentlichen Einrichtungen 	Das Personal ist nicht nur während der Öffnungszeiten tätig!
Homepage	<ul style="list-style-type: none"> - Überarbeiten und viel mehr Werbung für die Stadt einbinden (z.B. Uci Kinowelt) - Werbefilm aufnehmen zur Ankurbelung des Tourismus 	} Wird geprüft
Kontrollgremium gegen Dezemberfieber	Budgetüberführungen ins Folgejahr zulassen um „Dezemberfieber“ zu unterbinden	Wird lfd. geprüft
Werbeflächen	<ul style="list-style-type: none"> - Wände im Rathaus für Werbeflächen nutzen - Vermietung von attraktiven Werbestandorten z.B. auch Nutzung der Wahlplakat-Wände zu Werbezwecken statt Kosten verursachenden Auf- und Abbau 	} Wird geprüft für den öffentlichen Raum; in öffentlichen Räumen nicht gewollt
Vergaben	Weniger freie Vergaben durchführen	Wird umgesetzt
Umzüge von Verwaltung minimieren	Durch ständiges Umziehen von Verwaltungseinheiten wird zu viel Geld verschwendet; gleiches gilt für Investitionen in Schulen, die kurze Zeit später aufgegeben werden.	Werden auf das Notwendigste beschränkt
Organisationsform	<ul style="list-style-type: none"> - Überprüfung, ob die Fachbereichsorganisationsform kostengünstiger als Ämtergliederung ist - JAW unter dem Dach der beQua 	<p>Verwaltungsentscheidung in Abstimmung mit der Politik</p> <p>Wurde bereits geprüft; Ergebnis: negativ</p>
Bearbeitungszeiten	Unverzögliche Bearbeitung von Anträgen und Genehmigungen von Baumaßnahmen, sowie schnelle und unbürokratische Bewilligung von Unternehmens- u. Geschäftsgründungen	Wird lfd. geprüft
Verwaltung allgemein	Abläufe straffen und vereinfachen; Effizienz erhöhen	Wird lfd. geprüft
Investitionen allgemein		
Vermeidung sinnloser Investitionen	<ul style="list-style-type: none"> - Folgekosten entfallen; z.B. Bau Campusbad, obgleich im Umfeld schon ein Bad besteht - Bei Sanierungen/Neubauten auf Zweckmäßigkeit achten und keine Extravaganzen - Überprüfung von Ausgaben vor Investitionsausführung wie z.B. Bushaltestelle Linie 5 Ringstraße - Stopp von nicht dringend erforderlichen Großprojekten 	Lfd. Baukostencontrolling bei Kommunalen Immobilien; Investitionen werden jährlich über den Investitionsplan politisch beschlossen

Bessere Vermarktung von Immobilien	<ul style="list-style-type: none"> - Leerstände vermeiden; keine Immobilien für Fremdnutzung erwerben (z.B. Motorola) - Mietfreie Überlassung von leerstehenden Immobilien an Existenzgründer für max. 3 Jahre bei Übernahme der Betriebs- und Renovierungskosten durch den Nutzer zur Reduzierung der Unterhaltungskosten (Anreiz zur Ansiedlung, Einnahmen aus Gewerbesteuer, Schaffung von Arbeitsplätzen) - Verkauf städtischer Immobilien - Kein Verkauf von kommunalen Immobilien zu Niedrigpreisen an „sattsame“ bekannte Investoren 	Wirtschaftlicher Umgang mit Immobilien ist lfd. Geschäft; politische Rahmensetzungen müssen beachtet werden
Baugebiete	<ul style="list-style-type: none"> - Keine neuen Baugebiete - Keine neuen Baugebiete, stattdessen Schaffung zusätzl. Gewerbeflächen - Stopp der Baugebiete Tarup 	Politische Entscheidung zur Stadtentwicklung liegt vor
Straßen entwidmen	Zitat: Stampft Straßen ein; das erspart Betreuung durch das TBZ und erhöht die Lebensqualität der Anwohner	Erschließung der Stadt muss gesichert sein; ggf. politische Entscheidung notwendig
Infrastrukturmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Auf das Notwendigste beschränken - Nicht jeder Baumaßnahme eine riesige Planung voranstellen; einsparen der Plan.kosten 	Teils vorgeschrieben; Baukosten können über Planung ermittelt werden
Wohngebiete	Bevorzugte Sanierung aller Wohngebiete im Innenstadtbereich zur Erhöhung der Wohn- u. Lebensqualität	Erfolgt lfd. im Rahmen der Stadtsanierung
Straßen/Geh- u. Radwege/Grünflächen		
Stadtgebiet als 30 km-Zone	<p>Gesamtes Stadtgebiet mit einigen Ausnahmen als 30 km-Zone;</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einsparung bei Verkehrsschildern sowie div. Signalanlagen - Einige Fahrradwege werden überflüssig und damit keine Instandhaltung bzw. Baukosten 	30 km-Zone ist die gesetzl. Ausnahme und nicht die Regel
Straßen-/Wegebau	<ul style="list-style-type: none"> - Verzicht auf neue Straßen - Neue Straße in Fruerlund um mehrere Jahre verschieben - Bau der Taruper Umgehung stoppen - Verzicht auf Wanderweg Sonwik-Kelmstr. zum Schuldenverzicht 	} Siehe → Investitionen allgemein
Signalanlagen	Umrüstung der vorhandenen Signalanlagen auf LED-Technik führt zu geringerem Energieverbrauch und damit Klimaschutz	
Ortsschilder	Auswechseln gegen deutsch-dänische Version unterlassen, solange das alte Schild noch nutzbar ist.	Ggf. politische Entscheidung notwendig
Straßenbeleuchtung	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaltung der Straßenbeleuchtung in Wohngebieten von 0.00 bis 5.30 Uhr - Abschaltung der Straßenbeleuchtung bei Nacht - Jede zweite Laterne ab 24 Uhr abschalten - Beleuchtung später an- und früher ausschalten 	} Wird geprüft
Straßenreinigung/Grünflächenpflege	<ul style="list-style-type: none"> - Auf Kehrbesenwagen verzichten, da sie Schmutz verursachen. - Kosten einsparen durch Vergabe an private Unternehmen (20-30 % der Gebühren einzusparen, Schaffung von Arbeitsplätzen im privaten Sektor, um Kaufkraft zu steigern. Frei werdende Arbeitskräfte im TBZ als Entsorgungsberater und –inspektoren einsetzen oder durch Fluktuation abbauen) - Straßenreinigung reduzieren - Eingeschränkter Winterdienst; ebene Straßen nur von hohem Schnee räumen u. Streusalz nur bei Vereisung einsetzen - Kein Streusalz in 30er-Zonen; dies spart Salz und vermeidet Schlaglöcher - Bürgerschaftliches Engagement z.B. durch Patenschaften bei 	} Wird geprüft

Straßenreinigung/ Grünflächenpflege	der Pflege von Grünanlagen/-flächen fördern/unterstützen und als Anreiz Vergünstigungen/Gutscheine in Aussicht stellen - Pflege von Verkehrsinseln an GalaBau-Betriebe zur Bewirtschaftung abgeben und eigene Werbung im Gegenzug erlauben	} Wird geprüft
Beteiligungen		
Flugplatz	- Abschaffung - Bezuschussung und damit Subventionierung von Freizeit- und Sportpiloten einstellen - Keine Beteiligung/Bezuschussung mehr durch Stadtwerke und Ersparnis an Stadt abführen - Start- u. Landegebühren auch vom Luftsportverein erheben statt Pauschalbetrag - Campinggebühren erheben für Camper auf dem Flugplatzgelände - Umnutzung als Campingplatz, Hotelstandort und Wohngebiet, da kein Campingplatz in Flensburg	} wird geprüft; politische Entscheidung
Stadtwerke	- Abführung an Stadt erhöhen (die Stadtwerke müssen profitabler arbeiten, nur gewinnorientierte Investitionen, unrentable Töchter abstoßen, sozialverträglicher Personalabbau) - Umwandlung in Genossenschaft für Flensburger Kunden mit Hauptanteil der Stadt FL; Vorteil: Jährliche Zinsbelastung könnte gesenkt werden - Keine Privatisierung der Stadtwerke und Rückholung der an die Töchter und Enkel der Stadtwerke gezahlten Beträge - Anhalten, auf Preisschwankungen zu achten: z.B. keine große Kohle bestellen und nach Preisverfall die Bestellung aufrecht erhalten	} wird geprüft; politische Entscheidung
TBZ	- Weniger/gezielter Personaleinsatz bei Straßenarbeiten, und keine „Reserve“ für arbeitendes Personal vor Ort vorhalten - Bessere Überwachung des Personals - Wieso müssen gerade jetzt neue Fahrzeuge angeschafft werden?	} Wird geprüft
Finanzwirtschaft		
Bürgeranleihen/Schuld- schein ausgeben	Zinersparnis durch Stadtanleihen für die Bürger wie z.B. in Quickborn mit Zinsstaffelung nach der Höhe der Einlage	Nicht zulässig u. unwirtschaftlich
Prämie für Neuanmel- dungen von Einwoh- nern	Einführung einer Prämienzahlung wie Stadt Kiel, um durch mehr Einwohner höhere Zuweisungen aus dem Finanzausgleich zu erzielen	Willkommenspa- kete werden be- reits ausgegeben
Fördergelder	- Verzicht auf Fördergelder und damit auf Investitionen, um den erforderlichen Eigenanteil nicht aufbringen zu müssen - Ständige Akquirierung von Fremdmitteln (EU, Bund, Land pp.)	Politische Ent- scheidung insb. im Zusammenhang mit Investitionen Erfolgt lfd.
Fachbereiche	Jeder Fachbereich muss in den nächsten 10 Jahren jedes Jahr 3 % unter seinen Ausgaben des Vorjahres sein, sofern die Einnahmen konstant waren oder gestiegen sind; sonst mehr	Haushaltssanie- rung wird lfd. auf- gabenbezogen betrieben; aktuell: Haushaltssanie- rungskonzept (HSP)
Mehrausgaben	Keine Anträge auf Mehrausgaben genehmigen, wenn keine Gegenfinanzierung vorliegt	Politische Ent- scheidung im Ein- zelfall

Wirtschaft		
Wirtschaftsförderung	<ul style="list-style-type: none"> - Subventionierung von großen Firmen einstellen - Überprüfung aller Subventionierungen - Mehr Freiheit und offensive Unterstützung für Kaufleute, Gastronomie und Gewerbetreibende, damit dieser Personenkreis in Flensburg bleibt oder nach Flensburg kommt - Stärkeres Engagement bei der Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> Erfolgt nicht in Flensburg Aufgabe wird lfd. durch die Wirtschaftsförderung in dieser Form wahrgenommen
Fördepark	Erweiterung zustimmen, da dies mehr Gewerbesteuer und Arbeitsplätze bringt	Erweiterung von Einzelhandelszentren ist gegenwärtig in politischer Diskussion
Sozialleistungen		
Allgemein	Härter gegen Sozialbetrug vorgehen	Erfolgt lfd.
Zuschüsse	Im Bereich Jugend, Soziales, Gesundheit und Kultur sämtliche Zuschüsse überprüfen und um 10 % kürzen	Ggf. politische Entscheidung notwendig
ARGE	Nicht das Optionsmodell wählen, da zu teuer	Gegenwärtig in politischer Diskussion
Sonstiges		
Veranstaltungen	<ul style="list-style-type: none"> - Sperrzeit bei Außenveranstaltungen verkürzen (z.B. Weihnachtsmarkt, Hafenveranstaltungen, Konzerte Exe); dies bringt dann mehr Einnahmen und damit höhere Steuereinnahmen - Exe/Schäferhaus für Veranstaltungen nutzen (Einnahmen über Eintritt/Getränke liegen über den Ausgaben) - Kein kostenloses Public-Viewing zur Fußball-WM; insbesondere die entstehenden Folgekosten für Reinigung/Sicherheitskräfte müssen refinanziert werden 	<ul style="list-style-type: none"> Wird lfd. geprüft Keine finanzielle Unterstützung durch die Stadt
Freizeitpark	Überdachten Freizeitpark bauen, um mehr Touristen anzulocken; dadurch mehr Gewerbesteuer und neue Jobs	Keine kommunale Aufgabe
Beleuchtung öffentl. Gebäude	<ul style="list-style-type: none"> - Beleuchtung ab 23 Uhr abschalten - Beleuchtung an Rathausüberdachung Neumarkt ab 19 Uhr abschalten und kleine Leuchtmittel verwenden 	Wird geprüft
Attraktivität der Stadt	Verstärktes Marketing für die Stadt über Internet und Medien	Wird geprüft
Mitarbeiter einbeziehen	Mitarbeiter verstärkt einbinden für Konsolidierungsideen	Möglichkeit über betriebliches Vorschlagswesen vorhanden
Asyl-Verfahren	Schnelle Abschiebung nicht anerkannter Asylanten	Rechtlicher Rahmen ist vorgegeben
Fehmarnbeltbrücke	Einflussnahme auf Nichtrealisierung, da Verkehrsströme von Flensburg ferngehalten werden	Keine Einflussmöglichkeit
Baumschutzsatzung	Baumschutzsatzung abschaffen und das hierfür eingesetzte Personal einsparen	Wird geprüft; politische Entscheidung
Integration von Ausländern	<ul style="list-style-type: none"> - mehr Emigranten einbürgern - mehr unbefristete Arbeitserlaubnisse erteilen - dadurch weniger Personalaufwand für Duldungen und befristete Erlaubnisse; bei anziehender Wirtschaft viele in Arbeit bringen 	Rechtlicher Rahmen ist vorgegeben

Unterstützung von beratenden Gruppen und Institutionen	Straffung der Angebote, Angebote nicht doppelt vorhalten/unterstützen	Wird geprüft
Handwerkliches Bürgerengagement	Zulassen und offensiv fördern z.B. Schulanbau- u. Schulrenovierungsarbeiten, Patenschaften für Straßengrundstücke z.B. in Wohnsiedlungen etc., wo Bürger für Reinigung und das Anpflanzen von Blumenkübeln etc. verantwortlich sind und die Arbeit des TBZ reduziert wird	Wird begrüßt und lfd. umgesetzt
Kostenbewusstsein bei Bürgern wecken	z.B. die tatsächlichen Kosten eines Museumsbesuches der zu zahlenden Gebühr gegenüberstellen, um langfristig einen Bewusstseinswandel zur Sparsamkeit zu erreichen	Initiative in diese Richtung erfolgt bereits bei geringem Interesse der Bürger
Hilfen zur Erziehung	Deutlich reduzieren, da den Eltern zuviel Verantwortung abgenommen wird	Wird geprüft
Häuser der offenen Tür	Streichen und durch Sponsoring finanzieren	Ggf. politische Entscheidung notwendig
Ferienpassaktion	Angebote wesentlich einkürzen	Wird geprüft
Schulsport/-schwimmen	Subventionierung einstellen; für Sport der Kinder sind die Eltern selbst verantwortlich	Ggf. politische Entscheidung notwendig
Umlandgemeinden	- Randgemeinden Harrislee und Jarplund-Weding eingemeinden - Gemeinden des Kreises stärker an Kosten beteiligen, die der Stadt für Umlandbürger entstehen	Nur einvernehmlich oder durch Landesgesetz möglich Hinweis: Teilweise durch FAG-Zuweisung abgedeckt; landespolitische Entscheidung
Polizei	- Dezentrale Standorte schließen da zu mietkostenintensiv - Mehr Polizei auf Fahrrad umsteigen - Alte Dienstwaffen nicht vernichten, sondern veräußern	} Keine Zuständigkeit
Flensburg-Lotterie	Einführung; Lose zu 4 € mit attraktiver Gewinnmöglichkeit; Reinerlös rd. 150.000 € für Projekte nutzen, die nicht mehr von der Stadt unterstützt werden	Wird geprüft bei geeignetem Zweck
Förderverein Stadt FL	Gründung einer Vereins der Freunde u. Förderer der Stadt FL mit einflussreichen Personen, die sich um Spenden für städt. Projekte bemühen; Großspender werden auf einer Ehrentafel im Rathauseingang gewürdigt	Wird lfd. geprüft